

VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

im Deutschen Bundestag streiten Koalition und Opposition über eine eventuell notwendige Wahlwiederholung in mindestens mehreren Hundert Berliner Wahllokalen. Tatsächlich ging es am fraglichen Wahlsonntag Ende September 2021 in Berlin drunter und drüber. Erst fehlten die Wahlzettel und dann kam es wegen schlechter Organisation zu teilweise stundenlangen Wartezeiten für die Wähler. Dies hatte zur Folge, daß manche von ihnen ihre Stimmen erst nach 18 Uhr abgeben konnten, als die ersten Wahlprognosen längst veröffentlicht waren und der spätere Bundeskanzler Olaf Scholz sich in der sogenannten „Elefantenrunde“ zum Wahlsieger und designierten Kanzler ausgerufen hatte.

Die Feilscherei in dieser Sache innerhalb des Bundestages ist an Peinlichkeit schon jetzt kaum mehr zu überbieten. Statt die Berliner Wahlpannen zum Anlaß zu nehmen, primär über eine bessere Organisation nachzudenken, scheinen alle Beteiligten hauptsächlich um Bestandswahrung bemüht zu sein. Es gilt für sie, möglichst jedes errungene Mandat zu verteidigen. Daß sie damit eines der wertvollsten Grundrechte jeder parlamentarischen Demokratie, das Recht der freien Wahl, systematisch aushebeln, wird zumindest billigend in Kauf genommen. Das ist, da heißt die Maus keinen Faden ab, juristisch und erst recht demokratisch in keiner Weise vertretbar!

Genauso konfus ging es auch bei der zeit- und ortgleichen Landtagswahl für Berlin zu. Doch in diesem Fall ist das Verfassungsgericht Berlin schon seit einem runden Jahr mit dem Fall befasst. Und es kam vor rund zwei Wochen zu einer ersten und sehr weitreichenden Einschätzung der Lage. Die Richter halten, so ihre erste Wertung, die bei der Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl aufgetretenen Fehler für so gravierend, daß man an einer vollständigen Neuwahl vielleicht nicht mehr umhinkommt. Dies ist auch eine wichtige Ansage für die Behandlung der Bundestags-Wahlergebnisse, denn die Stimmabgabe dafür erfolgte schließlich an demselben Tag in denselben Wahllokalen mit denselben Wahlhelfern. Doch davon möchte man im Bundestag vor allem bei Rot-Grün nichts wissen. Man erwägt derzeit maximal eine Wahlwiederholung in denjenigen 300 Berliner Wahllokalen, in denen es zu den schlimmsten Mißständen gekommen war und dann auch nur auf Basis der Zweitstimmen.

An den Erststimmen soll dagegen nicht gerüttelt werden, was einen neuen und ebenfalls schlimmen Verdacht schürt: Denn zwei der drei Direktmandate, die der Linkspartei trotz Unterschreitung der 5%-Hürde den Wiedereinzug in den Bundestag sicherten, wurden von Gregor Gysi und Gesine Lötzsch in Berlin errungen (das dritte Direktmandat stammt aus Leipzig). Würde man nun eine Neuwahl auch der Direktkandidaten zulassen, wäre dies mit einer entsprechenden Gefahr für die Linkspartei verbunden: Sollten Lötzsch und/oder Gysi dabei scheitern, flögen die Ultralinken doch noch aus dem Bundestag . . .

Bislang weitgehend unbeachtet blieb auch die schon im vergangenen Jahr von Bundeswahlleiter Georg Thiel geforderte Neuwahl in sechs von zwölf Berliner Wahlkreisen. Rund 1,3 Millionen Wähler würden dann aufs Neue an die Wahlurnen gerufen. In der Bundestags-Unionsfraktion würde man diesem Vorschlag nicht nur gerne folgen, sondern spätestens seit den Ausführungen des Landesverfassungsgerichts zur Abgeordnetenhauswahl prüft man in der Unionsfraktion auch, eine Ausweitung der Neuwahl zu fordern. Aus oben genanntem Grunde dürften Rot-Grün und die Linkspartei diesem Ansinnen entschieden widersprechen.

Auf das Vertrauen der Bürger in unsere Demokratie wird sich das alles wieder einmal fatal auswirken. Ein parteipolitisches Gefeiße über die Gültigkeit von Wahlergebnissen ist in den demokratischen Lehrbüchern schließlich aus gutem Grund nicht vorgesehen! (tb)

2 **Keine Hilfe vom Bundesverfassungsgericht**

Ein Berliner Gastronom klagte beim Bundesverfassungsgericht gegen die Zwangsschließung seines Betriebes im Zuge der Corona-Politik. Er sah sich in der Berufsausübungsfreiheit ungerechtfertigt eingeschränkt, weil er trotz umfangreicher Hygiene-Vorkehrungen durch das pauschale Öffnungsverbot im Rahmen der Corona-Politik schließen musste. Weil es bis heute keine juristisch belastbare Rechtfertigung für diese massiven Grundrechtseinschränkungen durch die hierfür Verantwortlichen gibt, aber manche Bundesverfassungsrichter ihren Parteifreunden offenbar auch nicht „in den Rücken fallen“ wollten, lehnte das Gericht einfach eine Entscheidung über die Grundrechtseinschränkungs-Klage des Mannes ab.

Der Gastronom muß schockiert darüber sein, daß ein eigentlich zur Neutralität verpflichtetes Verfassungsgericht eine Entscheidung einfach ablehnt, wenn das voraussichtliche Urteil politisch nicht erwünscht ist. Derartiges Verhalten dürfte zukünftig vom Bundesverfassungsgericht häufiger zu erwarten sein, weil die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel der Europäischen Kommission bereits zugesichert hat, daß Berlins Verantwortliche auch in Zukunft dafür sorgen werden, daß Gerichtsurteile stets im Sinne europäischer Vorgaben ausfallen. Selbst wenn dabei zentrale Vorgaben des deutschen Grundgesetzes verletzt werden sollten. (eh)

3 **Gas-Infrastruktur-Sabotage und Regierungspolitik bedrohen Energieversorgung in Deutschland**

US-Präsident Joe Biden können wohl hellseherische Fähigkeiten zugesprochen werden, weil seine Androhung, die North Stream Pipeline würde „so oder so“ nicht in Betrieb gehen, mit der Sabotage von North Stream 1 und 2 nun wahr geworden ist. Auf die Rückfrage einer Journalistin, was mit der Aussage, man würde sicherstellen, daß die für Deutschlands Gasversorgung fast überlebensnotwendige Gaspipeline nicht in Betrieb gehen wird, gemeint sei, kam die lapidare Antwort, daß sie sicher sein könne, daß man die Möglichkeiten dazu habe. Und US-Außenminister Antony Blinken bezeichnete die Sabotage der Pipeline erst jüngst als große Chance, ohne dies weiter zu spezifizieren.

Zusätzlich zu diesem Angriff auf Deutschlands Energie-Infrastruktur haben sich weitere politisch induzierte Probleme für Europas und Deutschlands Gasversorgung ergeben. So soll eine der letzten verbliebenen Gasversorgungsstrecken von Osten her, TurkStream, ebenfalls von den USA sanktioniert und außer Betrieb gestellt werden. Die Türkei hat deshalb bereits sämtlichen britischen und amerikanischen „Bediensteten“ eigene „Sicherheitsleute“ zur Überwachung ihrer Tätigkeiten aus Angst vor einer Sabotage der TurkStream-Pipeline zur Seite gestellt.

Das türkische Militär bewacht überdies die Leitung, was allerdings nur symbolischen Charakter haben kann, weil niemand in der Welt derart lange Versorgungsleitungen militärisch sicher beschützen kann. Aus diesem Grunde war es eigentlich ungeschriebenes Gesetz zwischen den Militärs – außer bei offiziell erklärtem Krieg – keine Sabotage an der Versorgungsinfrastruktur anderer Länder vorzunehmen. Der letzte durch die CIA vorgenommene Angriff auf die Gaspipelines der Sowjetunion erfolgte 1982 durch Softwaresabotage der Turbinen, wie es Thomas C. Reed, ein ehemaliger Sekretär der Air Force, schrieb. Weil aber kein Land seine vitale Infrastruktur vor Sabotage, insbesondere Staatsterrorismus, schützen kann und solche Unternehmungen dann schnell zur unkontrollierbaren Eskalation führen, gab es eben das stillschweigende Einverständnis darüber, diese Infrastruktur in Ruhe zu lassen.

Weil Gazprom das ukrainische Gasnetz der mit dem Biden-Clan verwobenen Firma Burisma (Sohn Hunter Biden war im Aufsichtsrat) aufgrund der ausufernden Gasdiebstähle durch die Ukraine nicht mehr verwendet und die letztverbliebene South Stream-Pipeline keine ausreichenden Kapazitäten zur Versorgung Europas mit Erdgas aufweist, droht Deutschland und Europa der Energiekollaps. Um die Pipeline-Versorgung Europas durch umweltkritisch gefördertes und mit Mondpreisen ohnehin viel zu teures US-Fracking-Gas zu ersetzen, würden über 200 LNG-Tanker alleine zum Transport nach Deutschland benötigt werden. Diese Kapazitäten sind weder vorhanden noch kurzfristig aufbaubar.

Damit kristallisiert sich die Sabotage der North Stream-Pipelines immer mehr zum Kriegsakt gegen Deutschland heraus. Bei der jetzigen Suche nach dem Täter darf allerdings der Eigentümer nicht zugegen sein. Zudem haben die deutschen Untersuchungsbehörden in ihrem Untersuchungsauftrag die klare Anweisung, nicht von den USA als möglichem Täter auszugehen und jede Untersuchung in diese Richtung zu unterlassen. Dies ist insofern interessant, als bereits ehemalige US-Militärs ganz öffentlich über eine CIA-Operation hinter der Sabotage der North Stream-Pipelines mutmaßten.

Nicht wenige Mitglieder der Bundesregierung scheinen aber auch gar kein Interesse an einer Versorgungssicherheit Deutschlands zu haben. Dies muss man zumindest vermuten, wenn ein von einem Unternehmer eingefädelt Gas-Geschäft über 15 Mrd. m³ Gas von Berlins Verantwortlichen einfach abgelehnt wird und man sich gleichzeitig nicht daran stört, daß die US-Frackingindustrie bis zu 200 Mio. US-Dollar pro Schiffsladung nach Deutschland Erlösen kann. Gleichzeitig soll es aber Preisbremsen an anderer Stelle geben, die Regelungen für Hilfspakete für die Energiewirtschaft wurden von den Lobbyisten mancher begünstigter Energieriesen selbst verfasst und Holz als tatsächlich nachwachsender Rohstoff wird mehr und mehr abgelehnt.

Es fällt damit zumindest in Bezug auf einige Regierungsvertreter sehr schwer, noch positive Intentionen gegenüber der deutschen Bevölkerung anzunehmen. Vor allem die Grünen setzen ihr Wahlversprechen aus dem Jahr 2016, Deutschland von der fossilen Energieversorgung abzuschneiden, in die Realität um. Der deutsche Mittelstand und die vielen fleißigen Bürger haben nun das Nachsehen. (eh)

4 **„Wir werden dem ein Ende setzen“**

Bei der Sprengung der Ostsee-Pipelines North Stream 1 und 2 deutet alles auf einen Sabotageakt hin. Wohl pflichtgemäß verdächtigten hierbei viele westliche Medien zunächst Russland, doch dann ließ das mediale Interesse an der Suche nach dem Schuldigen erkennbar nach. Es ist gewiß nicht verfehlt, daraus den Schluß zu ziehen, daß es bis heute nicht einmal Hinweise auf belastbare Beweise einer russischen Urhebererschaft gibt. Inzwischen haben sich unabhängig voneinander der US-Ökonom Jeffrey Sachs (u.a. ein einflußreicher UN-Berater) sowie der ehemalige Offizier und Sonderberater des Verteidigungsministers unter US-Präsident Donald Trump, Douglas Macgregor, zu Wort gemeldet.

Beide hegen den schwerwiegenden Verdacht, daß mit den USA ihr eigenes Land hinter den Anschlägen stecken könnte. Entweder als direkter Täter oder als Partner von Verbündeten wie möglicherweise Großbritannien oder auch Polen. In einem Bloomberg-Interview sagte Sachs jedenfalls ganz unverblümt: „Die wichtigste Tatsache ist, daß die europäische Wirtschaft durch diese plötzliche Unterbrechung der Energieversorgung stark unter Druck gerät. Und jetzt, um es endgültig zu machen, die Zerstörung der North Stream-Pipeline.“ Er würde wetten, sagte Sachs weiter, daß dies „eine Aktion der USA war, vielleicht auch der USA und Polens“. Auf die Frage nach Beweisen meinte Sachs: „Nun, erstens gibt es direkte Radarbeweise dafür, daß US-Militärhubschrauber, die normalerweise in Danzig stationiert sind, über diesem Gebiet kreisten.“ Und er wies auch auf die Drohung der USA von Anfang dieses Jahres hin, daß man North Stream „so oder so beenden“ werde. Sachs spielte damit auf eine Äußerung von US-Präsident Joe Biden an, der anlässlich des Antrittsbesuchs des neuen deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) vor versammelter Presse ankündigte, daß es nach einem russischen Einmarsch in die Ukraine „kein North Stream 2 mehr geben“ würde. „Wir werden dem ein Ende setzen“, kündigte Biden damals ganz offen an. Auf die Journalisten-Nachfrage, wie Washington dies denn angesichts der deutschen Federführung bei diesem Projekt erreichen wolle, sagte Biden: „Vertrauen Sie mir, wir werden dazu in der Lage sein.“

Die meisten kritischen Beobachter würden sich nicht wundern, wenn die Urhebererschaft an den Pipeline-Anschlägen niemals offiziell geklärt wird . . .! (tb)

5 Gas-Sorgen

Seit März dieses Jahres wird zwischen der Schweiz und Deutschland auf Regierungsebene über ein Abkommen zur gegenseitigen Unterstützung bei Gas-Versorgungsengpässen verhandelt. Inzwischen ist man sich auf Schweizer Seite aber nicht mehr sicher, daß es tatsächlich zu einem entsprechenden Vertragsschluß kommen wird. Haupthindernis ist Deutschlands Wunsch nach einem trilateralen Abkommen mit Italien, was wiederum den Schweizer Intentionen zuwiderläuft.

Tatsächlich erkannte man inzwischen in Berlin, daß ein derartiges Solidaritätsabkommen mit der Schweiz letztlich nur eine „Einbahnstraße“ zementieren würde. Denn mangels belastbarer Bezugs- oder gar Fördermöglichkeiten würde man sich in der Schweiz im Krisenfall gewiß über „Gas-Hilfslieferungen“ aus Deutschland freuen, wäre aber im Ernstfall kaum zum Gegenzug in der Lage. Bei Italien sieht dieses schon anders aus – das Land hat seit Beginn des Ukrainekrieges für sich neue Quellen erschlossen, es steht u.a. mit Kongo bezüglich Flüssiggaslieferungen in Verhandlungen und auch der Zustrom russischen Gases ist bis heute nicht völlig zum Versiegen gekommen. Weil man in Rom aber noch heute über Berlins Verhalten während der Corona-Pandemie teilweise verärgert ist, hat man dort nur wenig Lust, sich knappes Gas mit Deutschland zu teilen. Im Bundeswirtschaftsministerium hoffte man deshalb, diese Hürde mit Hilfe eines trilateralen Abkommens mit Italien und der Schweiz überwinden zu können. Doch Rom verspürt auch dazu keine allzu große Neigung und in Bern geht man davon aus, daß im wirklichen Krisenfall ein Abkommen alleine mit Italien wirksamer wäre. Wenngleich es in Italien rechtliche Regelungen gibt, die im Krisenfall Gasweiterleitungen in die Eidgenossenschaft mindestens erschweren, vielleicht aber auch unmöglich machen würden.

Deutschland, dessen Regierung (letztlich gleich welcher Couleur) sich in den letzten Jahren praktisch immer bereit zeigte, jede Last und jedes Ungemach dieser Welt auf sich zu laden – letztlich auf die Schultern der braven Steuerzahler –, tut sich jetzt mit für unser Land auch einmal hilfreichen Solidaritätsabkommen im Gas- und Strombereich schwer. Gespräche mit der Tschechischen Republik laufen noch, sind aber erkennbar kompliziert. Die Niederlande, Polen und Belgien haben deutschen Solidaritätsersuchen bereits einen Riegel vorgeschoben. Mit ursächlich dafür war vielleicht die Äußerung eines leitenden Angestellten des größten deutschen Stromnetzbetreibers Amprion, der für den Herbst und Winter mit einer Drosselung der möglichen deutschen Stromexporte drohte.

Bezogen auf ihr Verhältnis zu Dritten sind die Schweiz und Deutschland damit in einer ähnlichen Lage. Sie suchen – und brauchen – Solidaritätsabkommen insbesondere im Gasbereich, aber ihnen laufen die denkbaren Partner regelrecht davon. Einen Unterschied gibt es aber: In Bern hat man aus den verschiedensten Gründen über viele Jahrzehnte hinweg die Kunst des Honigsaugens perfektioniert, bei der man anderen Staaten gewissermaßen Wasser anbietet, um möglichst besten Wein zurückzuerhalten. Und in Berlin muß man jetzt erkennen, daß eine jahrzehntelange „Scheckheft-Diplomatie“ hier nicht mehr helfen kann . . . ! (tb)

6 Bertelsmann-Studie soll Vermögensumverteilung vorbereiten

In der Manipulation der öffentlichen Meinung spielen sogenannte „repräsentative“ Umfragen eine wesentliche Rolle. Viele Politiker richten sich danach, weil sie tatsächlich glauben, daß die jeweiligen Umfrageergebnisse den Bürgerwillen widerspiegeln. Dementsprechend richten sie ihre politischen Agenden aus, um „beliebt“ zu sein und Wähler anzusprechen. Tatsächlich aber sind Umfragen häufig „politisch motivierter Betrug“. Dann werden nicht nur Fragen irreführend formuliert, sondern auch nur eine vorausgewählte Klientel befragt.

Eine solche in die politische Diskussion gepresste „repräsentative Studie“ der Bertelsmann Stiftung soll nun angeblich eine breite Unterstützung für eine breit aufgestellte Vermögensumverteilung in Deutschland aufzeigen. Flankiert wurde diese politisch motivierte Studie von parallel dazu aufkommenden Äußerungen eines tiefroten Sozialvereins, der sogleich die politische Forderung nach einer neuen Vermögenssteuer erhob.

Es erinnert bereits an politische Kampagnen, wenn pseudowissenschaftliche Studien, gepaart mit politisch motivierten Forderungen, just dann auftreten, wenn der „Oligarchenclub“ von Klaus Schwab in seinem Weltwirtschaftsforum in Davos als Ziel seines „Great Reset“-Plans die finanzielle Unterwerfung des Mittelstandes anstrebt. Dort glaubt man, über Vermögenssteuern und konfiskatorische Ertragssteuern die mittelständischen Inhaberbetriebe ihrer Unabhängigkeit berauben und damit unterwerfen und kontrollieren zu können. Entsprechend wird in leistungsschwächeren Bevölkerungsteilen die Begierde nach dem hart erarbeiteten Vermögen des Mittelstandes geweckt und diese entsprechend aufgehetzt. Als Teil dieses „Oligarchentreffens“ kommt die Studie von Bertelsmann deshalb wohl nicht ganz zufällig. Ihr Wahrheitsgehalt muss allerdings vor diesem Hintergrund kritisch hinterfragt werden. (eh)

7 Berlin will Funktionären Privatgebrauch von Dienst-Limousinen „schenken“

Die hochdefizitäre, sozialistisch-kommunistisch verwaltete Bundeshauptstadt Berlin ist nicht nur bekannt durch ihre Kriminalitätsrate, einen massiven Werteverfall und den politischen Sumpf. Sie fällt auch immer wieder durch Betrugsskandale zu Lasten der deutschen Steuerzahler auf. So unterhält Berlin – während man den Bürgern die Benutzung des PKWs abgewöhnen möchte – zum Beispiel 45 Dienstlimousinen mit 69 Chauffeuren. Während die Funktionäre also eine Armada von Dienstlimousinen mit Chauffeuren nutzen, fordern sie für die Bürger immer wieder einen Verzicht auf den eigenen PKW und die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

Die Krone der Unverschämtheit stellt aber eine jetzt geplante Neufassung der Dienstwagenregelung dar. Während die Bürger (stark verkürzt dargestellt) nach wie vor monatlich 1 % des Neuwagenwertes als „Dienstwagenneidsteuer“ versteuern müssen, sollen die „Funktionärs-Dienstwagen“ in Zukunft steuerfrei und kostenlos zur privaten Nutzung zur Verfügung stehen, und dies auch für Angehörige!

Hintergrund dieser „erstaunlichen“ Neuregelungs-Initiative ist, daß zunehmend Strafanzeigen wegen missbräuchlicher Benutzung der Dienstwagen erstattet wurden. Um die eigenen Funktionäre nun bei diesem offenkundigen Betrug am Steuerzahler vor Strafverfolgung zu schützen, soll jegliche Privatnutzung durch die Funktionäre und deren Angehörige gestattet werden, und dies möglichst sogar im Nachhinein. Bisher schweigen die „Qualitätsmedien“ zu diesem Riesenskandal. Man schreckt offenbar davor zurück, hier eine „Büchse der Pandora“ zu öffnen, denn Korruption droht in diesem Land vom Einzelfall zur Regel zu werden, wie u.a. der kürzliche Verschwendungsskandal innerhalb der rbb (Rundfunk Berlin-Brandenburg)-Führungsspitze befürchten läßt. (eh)

8 Qual der Wahl

Gerade auf dem europäischen Kontinent häufen sich zurzeit die Probleme und Widersprüche. Wie passt es z.B. zusammen, daß sich auch in Deutschland viele Menschen wegen einer möglichen Zunahme der weltweiten Durchschnittstemperatur um ein bis zwei Grad größte Sorgen machen, aber angesichts der derzeitigen Energieprobleme gleichzeitig auf einen übernatürlich warmen Winter hoffen? Gleichzeitig sinken die Realeinkommen, weil die anhaltende Inflation vieles „wegfrisst“ und die auf uns zukommende Rezession wird für manchen zusätzlichen Arbeitslosen sorgen. Darüber hinaus droht die nach Deutschland gerichtete Migration die Werte der diesbezüglichen Krisenjahre 2015 und 2016 wieder zu erreichen, wenn nicht gar zu übertreffen. Es ist ein giftiger Cocktail, den uns die Regierenden über Jahre hinweg gemixt haben und den zu trinken sich immer mehr Bürger weigern werden.

Doch wie konnte es dazu kommen? Eine erste Antwort findet sich bei dem großen österreichischen Ökonomen Friedrich von Hayek, der „die Sozialisten in allen Parteien“ schon vor Jahrzehnten auf dem Vormarsch sah. Jetzt haben sie längst die Vorherrschaft übernommen und praktisch jedes konservative oder bürgerliche Denken ist verpönt. Es ist also eine Dominanz der Sozialisten, die in fast alle Politikbereiche massiv ausstrahlt. Die Folge sind u.a. exzessive Staatsschulden, übermäßige Steuern, Geldentwertung und eine lasche Migrationspolitik.

Daß „die Sozialisten“ so weit kommen konnten, hat einen einfachen Grund: Ihre auf naiven geopolitischen Illusionen, falschen ökonomischen Annahmen und einem letztlich nur vordergründig humanen Menschenbild basierende Politik läßt sich nicht nur vor den Wahlen viel leichter „vermarkten“ als ihr konservativ-bürgerliches Gegenstück. Denn dort geht es um die Einforderung von Leistung und manchmal auch Verzicht, man legt Wert auf eine stabile und damit kostenintensive Verteidigung und man achtet auf die Wahrung nationaler Interessen.

Diesen „Wettbewerbsvorteil“ der Sozialisten erkannte man vor Jahren auch in den bisher eher konservativ-bürgerlichen Parteien. Man betrachte hierzu nur einmal die Entwicklung der CDU unter ihrer langjährigen Bundesvorsitzenden Angela Merkel. Im Endergebnis hat sich dabei die CDU, bringt man es nur auf den Punkt, so weit an die SPD (und teilweise auch die Grünen) angenähert, daß die Unterschiede nur noch marginal erkennbar wurden. Doch für Wahlentscheidungen gilt das gleiche wie für z.B. Süßigkeiten oder Elektrogeräte: Wofür entscheidet sich die Mehrheit der Kunden bzw. Wähler, wenn man die Wahl zwischen dem Original und einer Kopie hat? Immer für das Original (zuletzt bei der niedersächsischen Landtagswahl vor wenigen Tagen) – und das sind die originär sozialistischen Parteien! (tb)

9 Kilometerpauschale „passt“ nicht mehr

Eine schleichende Steuererhöhung ergibt sich für Millionen Bundesbürger durch die unsachgerecht niedrige Festsetzung der Kilometerpauschalen für Pendler und auch bei Dienstreisen. Durch die von der Politik und ihren Helfern in der Zentralbank erzeugte Inflation „passen“ die veralteten Kilometerpauschalen von derzeit beispielsweise 0,30 Euro pro gefahrenen Kilometer bei Dienstreisen längst nicht mehr: Wegen der massiv gestiegenen Auto-Preise in den vergangenen Jahren einerseits und der Verdopplung der Kraftstoffpreise in den letzten zwei Jahren andererseits müsste u.a. die Dienstreisen-Kilometerpauschale auf ca. 70 Cent angepasst werden. Wenn dies durch die Politik nicht geschieht, zeigt dies nur, daß man an einer tatsächlichen Entlastung der Bürger überhaupt kein Interesse hat. (eh)

10 Man blicke über die Grenze . . .

Inflation, Rezession und Migration – so heißen (bringt man es nur auf den Punkt und formuliert man es deutlich) die Hauptgefahren der nächsten Jahre für unser wirtschaftliches Wohlergehen. Natürlich könnte man dem allen entgehen, wenn man sich – gestatten Sie dieses etwas überdrehte, aber dafür sehr eindrucksvolle Beispiel –, eine idyllisch gelegene Südseeinsel mit fruchtbarer Natur kauft, dorthin übersiedelt und gesund alt wird (denn ein Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung wird es dort nicht geben). Doch dies ist für die wenigsten Betroffenen ein gangbarer Weg. Wir müssen also zu Hause bleiben und uns auf das Kommende so gut es geht einstellen.

Schon seit Jahren empfehlen wir für die uns nun akut drohende Entwicklung, bei der Geldanlage nicht nur Sachwerte (z.B. Gold) gebührend zu berücksichtigen, sondern ganz generell auch auf eine ausreichende Diversifizierung zu achten. Ab einer gewissen Vermögenshöhe gehört damit unbedingt auch die eine oder andere Bankverbindung ins Ausland dazu. Für deutsche Anleger empfiehlt sich dabei aus verschiedenen Gründen die Schweiz. Sie ist geographisch nahe gelegen, man spricht dort („Schwyzer“-)Deutsch, die Landeswährung Schweizer Franken ist bis dato sehr stabil und bei genauerem Hinsehen erkennt man schnell, daß es dort neben „schwankenden“ Großbanken (z.Z. die Credit Suisse) auch kleinere, grundsätzlich kundenfreundliche Banken mit überaus soliden Bilanzrelationen gibt.

Zu einer solchen kleineren und grenznah gelegenen Bank unterhält unser Haus seit Jahrzehnten eine von gegenseitigem Vertrauen und Wertschätzung getragene Geschäftsbeziehung. Auf ausdrückliche Anfrage teilen wir interessierten Leserinnen und Lesern rein nachrichtlich gerne mit, um welches Institut es sich dabei handelt. Wenn Sie einen an sich adressierten und mit 1,00 € frankierten Rückumschlag an die Redaktion der „Vertraulichen“ in 78266 Büsingen senden, können wir Sie nicht nur entsprechend informieren, sondern auch einen kleinen Plan der betreffenden Stadt beilegen. Natürlich werden auch Anfragen per Fax (0 77 34 / 71 12) oder E-Mail (verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de) gerne beantwortet, dann aber ohne Stadtplan. (tb)

11 Für Sie aufgelesen (diesmal beim früheren Verfassungsschutz-Präsidenten Dr. Hans-Georg Maaßen):

„Wenn andere Staaten mitbekommen, daß unsere Regierung nicht bereit ist, unsere deutschen Interessen zu vertreten, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sich andere bereitwillig an uns bedienen wollen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.